

## KURZ UND PRÄGNANT

### „Die Geschichte ist nicht schwarz-weiß“

„Über die Unmöglichkeit, die DDR auf ein Wort zu reduzieren“, lautet die Überschrift eines Textes von Bodo Ramelow zum 9. November, nachzulesen im Internet unter [www.bodo-ramelow.de](http://www.bodo-ramelow.de) (Tagebuch, 8. November). Darin heißt es u.a.: „Mehr Demokratie wagen, heißt, souverän mit der eigenen Geschichte umgehen und auch die Punkte bearbeiten, die schmerzen. Integrieren in unser Leben können wir sie aber nur, wenn wir sie bearbeiten und nicht, wenn wir sie tabuisieren. Dazu zählt auch der Hinweis, dass ein zweiter Dank angemessen ist. Der erste Dank gilt all den Mutigen, die sich 1989 aufgemacht haben, ihr Land zu verändern. Sie waren der Motor der friedlichen Revolution. Sie haben das tödliche Grenzregime zu seinem Ende geführt und die friedliche Öffnung erreicht. Diese Leistung ist singulär. Es sollte aber auch gewürdigt werden, dass auf der anderen Seite auch Menschen standen, die friedlich ihre Waffen abgaben. Auch sie hatten ihren Anteil daran, dass es keine Eskalation gab. Die Geschichte ist nicht schwarz-weiß.“ ■

### Steckbriefdrohung: Anzeige erstattet

In Reaktion auf einen an sie gerichteten Drohbrief hat die Abgeordnete der Linksfraktion, Kati Grund, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Erfurt erstattet. „Es ist erschreckend, dass die Einschüchterungsversuche gegen LINKE-Abgeordnete kein Ende nehmen“, sagte Kati Grund. Sie hatte ein Kuvert mit einem Steckbrief über die Hauspost des Thüringer Landtags erhalten. Das Schreiben mit der Überschrift „dead or alive“ enthält ein Foto von ihr und setzt ein Kopfgeld aus.

„Noch dazu“, so Kati Grund weiter, „werde ich in diesem Steckbrief auch als ‚Esther Sarah Grund‘ bezeichnet, was eindeutig antisemitisch ist“. Es ist schockierend, in welcher Art und Weise in den letzten Tagen, Wochen und Monaten versucht wird, Druck auf LINKE-Politiker auszuüben - gelockerte Radmuttern, zerstoche Reifen, Drohanrufe und -briefe. Vielfach war ein rechtsextremer Hintergrund nachzuweisen oder wahrscheinlich. „Wir werden uns von solchen Angriffen nicht einschüchtern lassen und bleiben bei unserer konsequenten Haltung gegen Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus. Gleichzeitig widmen wir uns mit ganzer Kraft den wichtigen Zukunftsaufgaben und damit auch dem Wähler-Auftrag, uns für eine konsequent soziale, ökologische und gerechte Politik einzusetzen“, erklärte Kati Grund. ■

# Der 9. November - Erinnerung und Mahnung

**Anlässlich des 9. November als Jahrestag bedeutender Ereignisse der deutschen Geschichte erinnerte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Der 9. November ist ein schicksalsträchtiger Tag - ein Jahrestag zum Freuen, zum Nachdenken und zum Trauern. Vor 25 Jahren feierten die Menschen die Öffnung der Mauer und damit die Überwindung der Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke. Doch wir sollten nicht vergessen, dass der 9. November auch für immer mit der Reichspogromnacht 1938 verbunden ist.“**

Vor 76 Jahren haben die Feuerwehren den Befehl erhalten, brennende Häuser nicht zu löschen und die Polizei die Order, schwerste Straftaten zu dulden. Menschen sind überfallen, viele von ihnen misshandelt und ermordet worden. Dies alles nur, weil sie jüdischen Glaubens waren oder jüdische Wurzeln hatten und die Häuser ihre Wohnungen, Geschäfte und Synagogen waren.

„Dass aktuell in Deutschland massiv und öffentlich gegen Ausländer und Muslime gehetzt wird, wie kürzlich in Köln, entsetzt mich. Und dass vor dem Hintergrund kriegerischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten antisemitische Überzeugungen da und dort wieder offen propagiert werden, macht

tief betroffen. Eine aktive und selbstbewusste Gegenwehr aller Demokraten ist und bleibt notwendig“, mahnte Bodo Ramelow. Der Fall der Mauer sei „neben dem Anlass zur Freude gleichzeitig Verpflichtung, den Frieden und die Einheit Europas zu wahren und sich für eine friedliche Konfliktlösung in allen Teilen der Welt einzusetzen“.

Am 9. November hatten Bodo Ramelow und die Landesvorsitzende Mdl

Susanne Hennig-Wellsow an der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht auf dem Jüdischen Friedhof in Erfurt teilgenommen. Gleichzeitig waren Vertreter der LINKEN, unter ihnen Margit Jung, Landtagsvizepräsidentin, bei der Veranstaltung in Vacha, wo des 25. Jahrestags des Mauerfalls gedacht wurde. Die LINKE-Fraktion bekennt sich zur Verantwortung, die aus den beiden Jahrestagen erwächst. ■



## Weiterer NSU-Untersuchungsausschuss vereinbart

**Anlässlich des 4. November, des 3. Jahrestages der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), erklärte Katharina König, ehemalige Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:**

„Drei Jahre warten die Opferangehörigen auf Antworten, warum ihr Vater, ihr Bruder, ihr Ehemann oder auch ihre Tochter sterben mussten. Mit der Arbeit und dem Abschlussbericht des Thüringer Untersuchungsausschusses ist viel notwendige Aufklärungsarbeit geleistet worden, gleichzeitig sind jedoch mehrere Fragenkomplexe offen geblieben, welche einen weiteren NSU-Untersuchungsausschuss notwendig machen“, so Katharina König.

Während deutschlandweit bisher eine Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bundesuntersuchungsausschuss versäumt wurde, stellt sich Thüringen der Verantwortung: In den Sondierungsgesprächen zwischen DIE LINKE, SPD und B90/DIE GRÜNEN wurde neben der Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses vereinbart, aufgrund der besonderen Verantwortung des Freistaates für die Entstehung des Terrornetzwerkes und den Fehlern bei der Fahndung, die Umset-

zung der Folgerungen aus dem Thüringer Abschlussbericht zur Aufgabe der gesamten Landesregierung und Querschnittsaufgabe aller Behörden unter Rot-Rot-Grün zu machen. „Nach wie vor mangelt es an der Bereitschaft zu notwendigen Konsequenzen in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik. Der Versuch, die Zeugenvernehmung des ehemaligen V-Mannes Carsten Szepanski aus dem NSU-Umfeld im Münchener NSU-Prozess zu verhindern, hat in diesen Tagen erneut gezeigt, dass die Taktik ‚Quellenschutz vor Aufklärung‘ nach wie vor bei den Nachrichtendiensten verhaftet ist. Hier gilt es langfristig, einen Mentalitätswechsel zu erreichen. Thüringen könnte hier erneut eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen“, sagte die LINKE-Abgeordnete.

Katharina König verwies außerdem darauf, dass der bisherige Prozessverlauf am Oberlandesgericht München gezeigt habe, „dass die Aufklärung des Unterstützernetzwerkes des NSU eine viel zu geringe Rolle einnimmt. Umso mehr könnte es auch die Aufgabe eines neuen Thüringer Untersuchungsausschusses sein, dieses Netzwerk jenseits vom Kerntrio noch stärker unter die Lupe zu nehmen“. Festzustellen sei außerdem, dass es auch nach drei Jahren Ermittlungs- und Aufklärungsar-

beit in vielen Behörden nach wie vor an einer notwendigen Sensibilisierung im Bereich rassistischer Gewalt fehle, wie die jüngsten Beispiele einer Fehleinschätzung der „HoGeSa“-Proteste in Hamburg sowie der Umgang mit Opfern von rassistischer Gewalt zeigen.

„Es ist erschreckend, dass im Jahr 2014 rassistische Demonstrationen, wie vor wenigen Tagen in Köln, stattfinden und es weiterhin fast tagtäglich zu Übergriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund kommt“, betonte die Landespolitikerin.

Katharina König hatte bei ihrer Presseerklärung außerdem auf die im Rahmen einer bundesweiten Gedenk-Aktion zeitgleich stattgefundenen Umbenennungen von Straßen nach den Opfern der NSU-Mordserie hingewiesen und unterstrichen: „Es ist notwendig, den Namen der Opfer der Mordserie und Betroffenen der rassistisch motivierten Sprengstoffanschläge Raum zu geben und ihre Geschichten zu thematisieren.“ Es sei daher nur folgerichtig, dass es unter einer neuen rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und Angehörigen zu einer dauerhaften Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des NSU-Terrors in Thüringen kommen werde. ■